

Stadtverwaltung Cottbus  
Büro Stadtverordnetenangelegenheiten  
Vorsitzender  
Erich-Kästner-Platz 1  
03046 Cottbus

**FRAKTION IN DER  
STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG  
COTTBUS**

**Hans-Joachim Weißflog**  
Fraktionsvorsitzender

Erich Kästner Platz 1  
03046 Cottbus  
Telefon: 0355 49457017  
Fax: +49 32229113079  
Mail: [gruenefraktion-cottbus@t-online.de](mailto:gruenefraktion-cottbus@t-online.de)

Cottbus, 24. Februar 2015

### **Anfrage zur Stadtverordnetenversammlung am 25.03.2015**

#### **- Krankenkassenkarten für Flüchtlinge/Asylbewerber -**

Aktuell erhalten Flüchtlinge nur bei akuten Erkrankungen, Schmerzen und lebensbedrohlichen Gesundheitsstörungen eine medizinische Behandlung. Im Land Brandenburg ist dazu die vorherige Beantragung eines Krankenscheines notwendig. Zum einen ist die Beantragung und Abrechnung von medizinischen Leistungen mit den Sozialämtern der Kreise und kreisfreien Städte sehr kompliziert und mit einem immensen bürokratischen Aufwand verbunden. Zum anderen ist der Zwang, einen Krankenschein für jede einzelne Behandlung bei einer Behörde beantragen zu müssen, für die Asylsuchenden stigmatisierend und belastend. Diese Praxis kann zu erheblichen Verzögerungen bei der ärztlichen Versorgung führen.

In Bremen und Hamburg wurden Verträge zwischen Kommunen und Krankenkasse geschlossen, die die Ausgabe von digitalen Krankenkassenkarten an Asylsuchende ermöglichen (Bremer Modell). Die Erfahrungen aus diesen Bundesländern zeigen, dass dies zu einer spürbaren Entlastung der Verwaltung bei konstanten Kosten führt, da der Umfang der gewährten medizinischen Leistungen im Vergleich zu heute nicht ausgeweitet wird.

Die Landesregierung befürwortet die Einführung des Bremer Modells in Brandenburg. Unter der Voraussetzung eines einheitlichen Vertrags mit allen Landkreisen ist die AOK Nordost zur Ausgabe von Krankenkassenkarten an Flüchtlinge bereit.

Wir fragen den Oberbürgermeister:

1. Wie steht die Stadtverwaltung zur Einführung des Bremer Modells?
2. Gibt es bereits diesbezüglich Gespräche zwischen der Stadtverwaltung und der Landesregierung oder der AOK Nordost? Wenn ja, wie ist der Stand der Gespräche?

3. Wo werden Probleme bei der Einführung des Bremer Modells gesehen?
4. In welchem Zeitraum kann sich die Stadtverwaltung einen Vertragsabschluss mit der AOK Nordost und die Einführung der digitalen Krankenkassenkarte vorstellen?

Hans-Joachim Weißflog